Newsletter 10/2021

Steueroasen und Schattenfinanzplätze

+++ Neue Themenseite +++ Cash is King – Finanzkonto ist Kaiser +++ Ende der Steueroasen!? +++ Cum-Ex Aufklärung erwacht aus Dornröschenschlaf +++ Von Österreich lernen – die Klimaprämie +++ Erbschaftssteuer-Privilegien und die Ampel +++

Nach dem Jahrbuch ist vor dem Jahrbuch

Nach einem eventreichen September und der Veröffentlichung unseres ersten Jahrbuchs, gibt es jetzt wieder wie gewohnt detailliertere und monatliche Informationen aus unseren Arbeitsbereichen und Updates zu den Steuerlücken aus dem Jahrbuch. Passend dazu gibt es unsere neue Themenseite "Schattenfinanz und Geldwäsche". Alles diesmal als Sonntagslektüre. Viel Spaß beim Lesen.

Christoph, David und Yannick



Cash is King - Finanzkonto ist Kaiser

Die Pandora Papers zeigen erneut: Die Schattenfinanzwelt ist so anonym, dass der professionelle Kriminelle auf den schweren Bargeldkoffer verzichten kann. Und sie ist so groß,

dass unsichere Krypto-Assets und Zollfreilager keine echte Alternative sind. Was wir sonst noch spannend fanden (eine erste Auswahl):

- Die <u>Berliner Immobilien vom aserbaidschanischen Präsidenten</u> bleiben weiter unerkannt, weil es keine öffentliche Datenbank gibt um nach den Investments von Garrisol Resources Limited und Faroe Resources Limited zu suchen. Ein wichtiger Grund warum so wenige Links nach Deutschland gefunden wurden.
- 2. Die <u>USA ist auf dem Weg zum Schattenfinanzplatz Nummer 1</u> das war schon die Botschaft des Schattenfinanzindex 2020. Jetzt haben wir 206 Trust und 1 Milliarde US-Dollar als zusätzliche Belege. Darunter der Präsident von Ecuador, der 2017 als Reaktion auf das Gesetz gegen "Offshore-Firmen" seine Gesellschaften aus Panama nach South Dakota verlagerte.

3. Die <u>echte Verschwörung für alle Querdenker</u> (portugiesisch) – sind die vielen Politiker*innen in der Schattenfinanzwelt. Bestes Beispiel:

Der brasilianische Finanzminister Paulo Guedes, der eine Steuer auf ausländische Kapitalerträge gestoppt hat und die Steuer für Repatriation von 27,5 auf 6 % senken will. Seit 2014 hat er 9,55 Millionen US-Dollar in seine BVI-Firma gesteckt und spart jährlich mindestens 900.000 Dollar ohne das Gesetz. Und natürlich liegt das Geld auf einem Konto bei der Credit Suisse, New York, das nicht vom automatischen Informationsaustausch betroffen ist. Entsprechend kennen die Steuerbehörden aus Brasilien anscheinend nur 5% des Auslandsvermögens, das der Zentralbank bekannt ist.

Bei den Journalisten und in der Öffentlichkeit mischt sich Wut und Fatigue (Leakt uns doch am Arsch) – und gipfelt in einer genialen Zusammenfassung der letzten 10 Jahre. <u>Unbedingt lesen!</u> (leider mit SZ-Zahlschranke). Unser Vorschlag: wir warten nicht länger auf die Aufsichtsbehörden oder das Transparenzregister in Panama und South Dakota (das nie effektiv sein wird, weil es das Geschäftsmodell zerstören würde), sondern statten unsere Steuerund Strafverfolgung endlich so aus, dass sie solche grenzüberschreitenden Fälle auch verfolgen kann. Mit einem europäischen FBI für die wirklich großen Fällen.

Zur neuen Themenseite "Schattenfinanz und Geldwäsche"

Das Ende der Steueroasen!?

Gestern, am 8.10, sollte es endlich soweit sein. Mit fast einem Jahr Verspätung hatte das Inclusive Framework die finalen Details der großen

Unternehmenssteuerreformen angekündigt. <u>Fest steht jetzt</u>:



- 1. Die Mindeststeuer wird 15 % betragen. Irland wird seinen Satz für die betroffenen Unternehmen entsprechend erhöhen. Deutsche Unternehmen in Ungarn profitieren dank der Substance-carve-outs weiter von der deutlich niedrigeren Steuer. Und thesaurierte Gewinne in den baltischen Staaten bleiben vier Jahre lang komplett steuerfrei. Welche anderen Ausnahmen noch geplant sind, soll Ende November bekannt gegeben werden. Dann wird sich zeigen, wie nah das Ende der Steueroasen ist. Irland gibt eine erste Antwort: Wenn Staaten Unternehmen mit weniger als 750 Millionen Umsatz nicht in die Mindeststeuer einbeziehen (was sie explizit dürfen) bleiben die Steueroasen für sie weiter offen.
- 2. Es werden **25% der Residualgewinne** oberhalb der 10% Schwelle neu verteilt. Betroffen sind etwa 100 Unternehmen mit Umsatz über 20 Milliarden Euro. Amazon ist durch das hochprofitable AWS-Segment möglicherweise dabei. Auch das wird sich aber erst in den für Anfang 2022 angekündigten Details zeigen. Die G-24 hatten in einem <u>Kommentar</u> noch vor wenigen Tagen mindestens 30% gefordert. Weil das nicht nur gerecht, sondern auch noch gut für Deutschland gewesen wäre, haben wir uns dem in einem offenen Brief angeschlossen. Noch dramatischer die Appelle von <u>Canadians for Tax Justice</u> und <u>Tax Watch UK</u>, die

vorrechnen, dass die jetzigen Pillar 1 Regeln im Vergleich zu den Digitalsteuern sogar eine Steuersenkung für die Digitalkonzerne bedeutet.

Auch gestern wurde, wie schon in den Wochen und Monaten davor, heftig über die Bewertung der Reform debattiert. Vor allem aus den USA (und aus Deutschland) kommt Lob für den historischen Deal. Für den argentinischen Finanzminister war es die Wahl zwischen "something bad and something worse" und er macht zwei wichtige Forderungen a) Zugang zu den Daten und Methoden für die Abschätzung der Auswirkungen und b) weitere Verbesserungen in den nächsten Wochen, wenn über die Details verhandelt wird.

Zur Themenseite "Unternehmenssteuern"

Ratsposition zur länderbezogenen Berichterstattung steht

Am 28. September hat der Rat der EU seine Position zu der Richtlinie festgelegt, nachdem bereits im Juni eine vorläufige Einigung mit dem EU-Parlament erreicht worden war. Nun steht noch eine "förmliche Billigung" durch das EU Parlament an, bevor die Richtlinie in Kraft treten kann. Die Mitgliedsstaaten haben dann 18 Monate Zeit um sie in nationales Recht umzusetzen, sie würde also voraussichtlich ab 2023 gelten.

Steueroasenliste der EU wird kürzer (anstatt länger)

Am 5.10. beschlossen die EU Finanz- und Wirtschaftsminister eine Kürzung der EU-Liste der nicht kooperativen Länder und Gebiete für Steuerzwecke. Anguilla, Dominica und die Seychellen werden von der Liste gestrichen.



Cum-Ex Aufklärung erwacht aus Dornröschenschlaf

Das Ende der Bundestagswahl sorgt für Aufruhr in Sachen Cum-Ex in Hamburg. Während der Untersuchungsausschuss in Hamburg nun auch die kritischen Zeugen

verhören darf – dem SPD-diktierten Ablaufplan zum Dank – hat die <u>Staatsanwaltschaft Köln am 28.09.</u> bei der zentralen Sachgebietsleiterin im hamburgischen Finanzamt für Großunternehmen sowie bei den lokalen SPD-Größen Johannes Kahrs und Alfons Pawelczyk durchsucht. Beide SPD-ler waren im engen Kontakt mit Warburg Bank-Eigentümer Christian Olearius und fungierten in Sachen Cum-Ex als Vermittler zu Bundesbehörden, etwa über ein <u>Frühstück mit dem BMF-Staatssekretär Kukies</u> und dem Bundestagswahlsieger Olaf Scholz.

Währenddessen verschiebt sich das Verfahren gegen den "Spriritus Rector" der Cum-Ex-Geschäfte in Deutschland, Hanno Berger, am LG Wiesbaden weiter. Seine Beschwerde gegen Auslieferungshaft in der Schweiz wurde vom dortigen

Bundesstrafgericht abgelehnt, doch Berger hat wohl nun auch gegen die Auslieferungsbescheid vom 20.08. <u>Beschwerde eingelegt</u>.

Ob nach zwei <u>BMF-Schreiben vom Juli 2021</u> jetzt auch Schwung in die Aufklärung von Cum-Cum Geschäften kommt und die bis zu 25 Mrd. Euro auch zurückgefordert werden, hängt nicht zuletzt von den Kapazitäten in den Steuerbehörden ab. Mehr dazu demnächst aus unserem aktuellen Projekt.

Wir haben noch viel vor - unterstütze uns dabei!

In Arbeit: Themenseite Umwelt und mehr

 Von Österreich lernen – und zwar nicht die Korruption im Kanzleramt und auch nicht die Körperschaftssteuersenkung, sondern von der dort geplanten



Klimaprämie: Man kann die Höhe der Prämie variieren, aber wenn dann der wohlhabende Vorstadtbewohner mit dickem Auto weniger zahlt als der Hochhausbewohner am Stadtrand (weil angeblich schlechter erschlossen) sieht das komisch aus.

• **Eine Botschaft an die FDP** – wer Immobilieneigentum wirklich fördern will, sollte die steuerliche Bevorzugung von Investitionen in vermietete Immobilien beenden, damit die Preise senken und dafür sorgen, dass normale Menschen sich wieder ein Heim leisten können. Sagt Prof. Eichfelder bei einer guten Veranstaltung des ifst (Video demnächst <u>hier</u>).



In Arbeit: Erbschaftssteuer-Privilegien für große Vermögen kippen

Aktuell sondieren FDP, Grüne und SPD. Also: Eine Partei für die gleiche Startchancen eigentlich zum Markenkern gehören müsste und die

hoffentlich von den vielen neuen Jungwählern an die alten liberalen Ziele erinnert wird; Eine Partei deren liberaler Finanzminister aus dem Erbschaftssteuer-Verhinderer Land Baden-Württemberg gerade eine Erbschaftssteuerreform als Alternative zur Vermögenssteuer hochhält; Und eine Partei, die mehr Steuergerechtigkeit versprochen hat und für die Erbschaftssteuer das Erfolgsmodell "15% Mindeststeuer" kopieren will. Gute Voraussetzungen dafür, dass es Steuerprivileg Nummer 1 aus unserer gleichnamigen Kampagne mit Finanzwende und #taxmenow in den Koalitionsvertrag schafft. Dafür, dass die Familienunternehmen gemeinsam mit der Union die Reform diesmal nicht im Bundesrat stoppen wird, sorgen wir dann alle gemeinsam.

Niedrige Zinsen als Folge von Ungleichheit

Unter dem Titel "Die Suche nach dem Zinskiller" beschreibt die FAS das Ergebnis einer neuen Studie aus den USA: Wachsende Ungleichheit und höhere Sparneigung der Reichen ist Hauptgrund für die Stagnation.

Ungleichheit wächst überall, aber nicht gleich

Ein Beitrag im Makronom beschreibt: Sowohl in liberalen (USA) als auch koordinierten (Deutschland) Marktwirtschaften ist die Ungleichheit gestiegen, aber unterschiedlich. In den USA blieb die Lohnsumme hoch, entfiel aber immer stärker auf hochbezahlte Manager. In Deutschland stieg vor allem das Vermögenseinkommen.

China testet Maßnahmen gegen Ungleichheit

Die Ungleichheit in China soll sinken. Wie wird gerade in der der Zhejiang Provinz getestet. Dort tätige Forscher erwägen eine Vermögensteuer und laut Zeit redet auch die Partei über Erbschafts- und Vermögenssteuer. Fast die Hälfte der 3.000 Milliardäre weltweit kommt aus China.

Zachäus-Kampagne gestartet

"Die Hälfte meines Vermögens will ich den Armen geben, und wenn ich von jemand zu viel gefordert habe, gebe ich ihm das Vierfache zurück" (Lukas 19,8) – beschließt der Zöllner Zachäus nach einem Besuch von Jesus. Passend zum weltweiten Appell gibt es jetzt auch eine deutsche Kampagne.

Hat Dir der Newsletter gefallen? Teile ihn!









Netzwerk Steuergerechtigkeit

Weidenweg 37, 10247 Berlin

Wenn Sie für den Newsletter angemeldet sind, erhalten Sie einmal im Monat eine Mail von uns. Wenn Sie nicht angemeldet sind, erhalten Sie nur ausgewählte Emails.

<u>Hier können Sie sich in beiden Fällen</u> <u>abmelden</u>